

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Gartenstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Riesa 1532,  
Groschen  
Riesa Nr. 42

Nr. 77.

Mittwoch, 3. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7, 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ingegnen für die Kammer des Ausgabejahres sind die 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftgröße (6 Silben) 16 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reflamgröße 100 Gold-Pfennige; je nach Bedarf und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, je nach Größe des Auftrages. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen des Verkehrs der Drucker, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschke 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Göttrich, Riesa.

## Amerikanische Politik in Polen.

In Polen hatten sich in den letzten Wochen die Dinge so zugeklüftet, daß niemand mehr voraussagen konnte, wie der Kampf zwischen Vilsulski und dem Parlament voraussichtlich endigen würde. Da taucht plötzlich im Hintergrund die amerikanische Politik auf. Man hatte ihn schon fast vergessen. Auch in Polen war die Währungsstabilisierung im Gange und es schien jetzt finanziell alles in schönster Ordnung zu sein. Aber auch in Polen war die Stabilisierung schließlich nur mit Hilfe einer großen amerikanischen Anleihe möglich geworden; und wo Amerika Geld hingibt, da übt es auch politische Kontrolle aus. Was in Deutschland Barter Gilbert, das ist in Polen Mr. Demen. Wie in Deutschland der Jahresbericht des Reparationsagenten bei der Regierung den größten Eindruck zu machen und intensive Debatten auszulösen pflegt, so muß man jetzt in Polen die Unterredungen zwischen dem Staatspräsidenten Pilsudski und Herrn Demen eifrig kommentieren und diskutieren. Der Kurs der Anleihe ist von 87 Prozent auf 82 Prozent gesunken. Noch einige Prozente tiefer und die polnische Währung müßte wieder in Gefahr geraten. Da wird natürlich auch der rücksichtsloseste Vultier nervös und langt an, über seinen Kampf mit dem Parlament nachzudenken; erst recht wird der von Amerika bestellte Kupfer nervös, der die Interessen der Geldbeutel seines Vaterlandes wahrzunehmen hat und nun mit aller Entschiedenheit sein Bestes gegen eine Politik einlegt, die den Kurs der Anleihe noch weiter verfallen ließe. Ein außerordentlich anschauliches Beispiel für die Macht des politischen Einflusses, den Amerika auf Grund seiner finanziellen Übermacht nach dem Weltkrieg gewonnen hat. Bei dem Zusammenstoß zwischen der polnischen Regierungspolitik und dem amerikanischen Finanzmann ist sofort die erstere gründlich in die Brüche gegangen.

Erst wurde der Finanzminister vor den Staatsgerichtshof geladen, weil er rücksichtslos den Etat überschritt, ohne sich in geringsten wegen der parlamentarischen Kontrolle Sorge zu machen. Dann ist der Ministerpräsident Bartel zurückgetreten und ihm sind schon eine Reihe weiterer Minister gefolgt. Was Vilsulski zu dem alles sagen wird? Er ist zur Zeit freilich krank, und manche Leute glauben, er werde als Deutscher und Maschine mit Blits und Donner wieder auf der politischen Bühne erscheinen, sobald er von seiner Krankheit genesen sei. Aber das erscheint doch im höchsten Maße zweifelhaft, wenn man an die amerikanische Geldmacht denkt und an das, was hinter ihr steht, wogegen selbst ein polnischer Marschall und Kriegsminister kaum wird aufkommen können.

Interessant ist auch, wie sich mit dem amerikanischen Finanzinteresse die Idee der Demokratie verbindet. Die Ausbreitung des demokratischen Gedankens in der Welt betrachtet ja bekanntlich Amerika als seine wichtigste Mission und hat sich in diesem Sinne auch in den Weltkrieg eingeschrieben. Da kommt es ihm nun herlich gelegen, daß auch die polnische Finanzkrise mit dem demokratischen Gedanken höchst bequem in Verbindung gebracht werden kann. Die politische Herrschaft, die das amerikanische Finanzkapital über Polen ausübt, läßt sich infolgedessen so maskieren, daß sie in den Augen der öffentlichen Meinung, insbesondere in Amerika drüben, als Wahrnehmung der Rechte des polnischen Volkes erscheint. Weil unter der Führung einer Regierung, die sich dem Faschismus anzunähern drohte, die Entwicklung der polnischen Finanzen nicht abzusehen sein würde, deshalb muß die parlamentarische Kontrolle wieder hergestellt werden. Ein faschistischer Diktator würde in Polen ebenso wie in Italien, Spanien oder sonstwo mit den Staatsinteressen nach Belieben wirtschaften und vor allem seinen Willkür-Stat gehörig ausüben. Nach der militärischen Seite hin liegen ja auch die Zweckbestimmungen der Gelder, die der polnische Finanzminister im besten Einvernehmen mit Vilsulski so großzügig bereitwillig hat. Die Amerikaner gehen zielbewußt auf eine Umgestaltung der polnischen Regierung hinaus, die sich wieder auf die demokratische Grundlage der polnischen Verfassung bestimmen soll. Es liegt ein gesunder Kern in dieser amerikanischen Politik, ohne Zweifel. Die Demokratie in den modernen Staatsverfassungen hat sich nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, seit dem Tage der großen französischen Revolution immer wieder als eine Notwendigkeit erwiesen. Schlimm ist es nur, wenn sich Völker wie das polnische, an eine derartige Notwendigkeit von einer fremden Macht müssen erlernen lassen. Die eigene vernünftige Einsicht hätte der polnischen Regierung die letzte nicht gerade ehrenvolle Situation ersparen können. Aber freilich, man weiß ja auch aus anderen Ländern, wie der blindwütige Kampf der Parteien alle Vernunft in den Hintergrund drängt und schließlich auch über die elementarsten Anforderungen der nationalen Ehre hinwegzugehen pflegt. Wenn man von der bedenkenlichen politischen Übermacht der Vereinigten Staaten spricht, die sich aus ihrer finanziellen Überlegenheit ergibt, so droht man doch auch nach der anderen Seite hin nicht, wie sehr die Unvernunft und Zerrissenheit der finanziell abhängigen westlichen Völker dem amerikanischen Imperialismus direkt in die Hände arbeitet. In diesem Sinne sollte das polnische Beispiel warnend und ermahnend auch auf andere europäische Staaten wirken, die sich mit der amerikanischen Kontrolle zunächst finanziell, dann aber schließlich auch politisch auseinandersetzen haben.

## Das Arbeitsprogramm des Völkerbundes im April.

1) Genf. Das Arbeitsprogramm des Völkerbundes für April weist etwa ein Duzend Veranstaltungen auf. Das meiste Interesse erweckt der

### Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz.

der nach mehr als dreijähriger Pause am 15. April zu seiner sechsten Tagung zusammentritt.

Die Tagesordnung, die nach einem Beschluß des Vorbereitungsausschusses vom März v. J. endlich die zweite Beratung des Abkommensentwurfes über eine allgemeine Verkleinerung und Herabsetzung der Rüstungen bringen soll, steht noch nicht fest. Man weiß nur, daß der Direktor der Abrüstungsabteilung Colban-Norwegen in der letzten Zeit mit den Regierungen von Paris, Rom und London wiederholt in Fühlung stand.

Die zweite Sitzung war in der Märztagung des vorigen Jahres wegen der Gegenstände in der Seeabstimmung gegen den deutschen Einspruch abgelehnt worden. Diese beiden Gegenstände sind heute unangetastet.

Weitere Punkte der Tagesordnung sind der deutsche Antrag auf Erweiterung der Veröffentlichungen über den Rüstungsstand der einzelnen Länder und der zweite sowjetrussische Vorschlag über eine partielle Abrüstung, aber den sich der Ausschuss noch der ausweichenden, aber sachlich absehbaren Haltung im vorigen Jahre nunmehr ebenfalls in zweiter Sitzung ausdrücken soll.

An der neuen Tagung nehmen 28 Staaten, darunter drei Nichtmitglieder des Völkerbundes, teil, nämlich die Sowjetunion mit dem stellvertretenden Außenminister Litwinoff als Delegationsführer, die Türkei mit Außenminister Tansik Rulhidi Bey und die Vereinigten Staaten mit ihrem Botschafter Woffschager Wilson, der bekanntlich zur Zeit zur Besprechung der Abrüstungsfrage in Washington weilt. Auch die übrigen Länder werden im wesentlichen wieder ihre bisherigen Vertreter und Experten nach Genf entsenden. So steht die deutsche Delegation wieder unter der Führung von Graf Bernstorff und die englische unter Leitung von Lord Cuthbertson. Frankreich wird sich an Stelle des zurückgetretenen Paul Boncour wahrscheinlich durch Waffsall, den Völkerbundsreferenten am Quai d'Orsay, vertreten lassen, während China erstmals seinen Berliner Gesandten Tsang Ho Ping nach Genf entsendet.

Aus der wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit des Völkerbundes im April verdient besonders Interesse die am Donnerstag beginnende Arbeit der Jüdischen Kommission aus 16 Ländern, darunter auch Deutschland. Man hofft durch diese Erhebungen, die unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Trendelenburg erfolgen, einen Überblick über die Möglichkeit einer internationalen Aktion zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den verschiedenen Teilen der Jüdischen Industrie und des Jüdischen Marktes zu erlangen.

Das Anfang nächster Woche zusammentretende Wirtschaftskomitee legt seine Beratung über die Grundlage des

nationalen und internationalen Kartellwesens, ferner über die Reichsbeschränkungsfrage, die Vereinfachung der Zolltarifverzeichnisse und zur Bekämpfung des administrativen Protektionismus vor.

Am 9. April tritt die vom Völkerbund einberufene Konferenz zur Bekämpfung der Falschmünzerei zusammen. Der in dreijähriger Arbeit entstandene Abkommensentwurf, der von den meisten Regierungen günstig beantwortet worden ist, bezweckt die Vereinfachung der Gesetzgebung und die enge Zusammenarbeit der Gerichts- und Polizeibehörden der einzelnen Länder. Nach den von den Notenbanken eingereichten unvollständigen Statistiken sind in den letzten drei Jahren fast für 3 Millionen Dollar gefälschte Geldscheine und für 25 Millionen Dollar gefälschte Goldstücke, also für über 150 Millionen Mark, beschlagnahmt worden.

### Temps über die Entente cordiale.

1) Paris. In Cannes hat, wie bereits berichtet, eine Fete zur Erinnerung an den Gründungstag der französisch-englischen Entente cordiale stattgefunden, an der der Herzog von Connaught, jedoch kein offizieller Vertreter der französischen Regierung teilgenommen hat. Temps versucht heute, dieser Fete anfänglich eines Besuches französischer Frontkämpfer in London eine besondere Bedeutung zu geben und glaubt berechtigt zu sein, von deutschen Reaktionen zu sprechen, die noch nicht jede Zustimmung auf Reue aufgegeben hätten und die wohl wäutten, daß das Einvernehmen zwischen London und Paris das sicherste Hindernis für jeden europäischen Krieg bilde. Die Gesandten der letzten 5 Jahre liefern den Beweis dafür, daß die Entente cordiale die Annäherung der Völker, die Lösung der Friedensprobleme und die verbindliche Tätigkeit des Völkerbundes begünstigt habe. Seitdem die Beziehungen zwischen London und Paris ihre ursprüngliche Herzlichkeit wiedergefunden hätten, ja, außerdem verjüngt worden seien, hätten sich die Aussichten für Europa gebessert. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit Irlands und Chamberlains habe es ermöglicht, die Politik von Locarno durchzuführen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und im Augenblick sogar die großen Probleme einer vollkommenen und endgültigen Regelung der Reparationen anzuschneiden. Die Entente, die es darauf abgesehen hätten, die Entente cordiale zu zerbrechen, würden mit ihren verbrecherischen Plänen kein Glück haben, denn weder in England noch in Frankreich könne jemand ernstlich daran denken, auf eine erprobte Politik zu verzichten, die heute noch die sicherste Garantie für die Sicherung des Friedens in Europa bilde. Welche Parteien auch in London und in Paris an der Regierung sein würden: die Aufrechterhaltung der Entente cordiale zwingt sich ihnen auf jeden Fall auf als die einzige Grundlage, auf der man ein mit sich selbst verträgliches Europa aufbauen könne. Paris habe trotz aller Verleiden und gehässigen Angriffe die dauerhafte und fruchtbringende Kraft der englisch-französischen Zusammenarbeit.

### Die Pariser Presse zu den Erklärungen Dr. Schachts.

1) Paris. (Telunion.) Die Pariser Presse schenkt den durch das Ausland verbreiteten Erklärungen Dr. Schachts über den Verlauf der Sachverständigenarbeiten große Beachtung. Allgemein nimmt man hier an, daß bei der Wiederannähme der Verhandlungen am kommenden Donnerstag die deutsche Gruppe den Sachverständigen bestimmte Vorschläge unterbreite und damit in die Beratung der Hauptfrage, der Höhe der Jahresraten, treten wird.

Die „Liberte“ fügt der Veröffentlichung der Schachtschen Erklärungen die Bemerkung an, daß sie den guten Willen des deutschen Vertreters verzeihen.

Eine längere Betrachtung schießt „Paris Soire“ der Dapasmeldung an, wobei das Blatt feststellt, daß der Reichslandspräsident anerkenne, daß es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten für die Verhandlungen gebe, wenn diese auch lang und schwierig sein würden. Ein so verwirklichtes Problem wie das der endgültigen Reparationsregelung sei nicht leicht zu lösen, man müsse aber auf den guten Willen der hervorragenden Persönlichkeiten der Pariser Tagung vertrauen. In gewissen Augenblicken habe man glauben können, daß Dr. Schacht gewissen Einflüssen unterliege und daß er das Spiel Dugenberg und dessen Freunde spiele. Heute scheint es, daß dem nicht so ist, wozu man sich beglückwünschen müsse.

### Dr. Schachts Rückkehr nach Paris.

1) Paris. (Telunion.) Reichslandspräsident Dr. Schacht, der die Überreise in Tours verbrachte, kehrte am Dienstag abend wieder nach Paris zurück.

### Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini.

1) Rom. Wie die Agenzia Stefani meldet, erfolgte gestern vormittag in der Villa Giolitti in der Umgegend von Florenz, in der Chamberlain für einige Tage Aufent-

halt nehmen wird, eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und Chamberlain. Im Verlauf einer längeren Unterredung, die den Stempel persönlicher Freundschaft zwischen den beiden Staatsmännern trug, beschäftigten sich beide mit der allgemeinen Lage und befruchteten erneut die Herlichkeit der Beziehungen zwischen England und Italien. Sie gelangten zu der Feststellung, daß beide Regierungen in den wichtigsten politischen Fragen, welche die beiden Länder interessierten, übereinstimmen.

Darüber gab Mussolini Chamberlain und seiner Gattin im Schloß Montalbano ein Frühstück.

### Die Suche nach Erdölvorkommen.

1) Berlin. Die verschiedenen Einzelbeschreibungen der Ouedhaibschichtverhandlungen aus den Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten sind, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilt, sofort nach den Beratungen wieder aufgenommen worden, und voraussichtlich wird der Reichsfinanzminister am Donnerstag die erste gemeinsame Sitzung mit den an diesen Besprechungen beteiligten Abgeordneten abhalten.

### Neue Strafanzeige gegen Max Hölz.

1) Berlin. Gegen Max Hölz ist bei der Staatsanwaltschaft in Berlin eine Strafanzeige wegen Mordanschlags und Bedrohung eingegangen. Hölz hand seit geraumer Zeit mit der geschiedenen Ehefrau eines bei einem Berliner kommunikativen Blatte tätigen Journalisten in freundschaftlichen Beziehungen, der Einwendungen dagegen erhoben hatte, daß sein bei der Frau lebendes Kind mit Hölz zusammen politische Verammlungen besuchte und den weiteren Verkehr des Kindes mit Hölz unterlasse. Hölz soll nun eines Tages in dem Büro des Redakteurs gegen diesen tätlich vorgegangen sein, wobei er drohte, daß er ein Verbrechen begehen würde, auch wenn er dafür nochmals ins Zuchthaus käme.